

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen
Rentenversicherung Bund und der Bundesagentur für Arbeit
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs

am 14./15.11.2012

4. Beitragsrechtliche Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt;
hier: Arbeitgeberstellung im Insolvenzfall

Nach § 23a Abs. 3 Satz 1 SGB IV unterliegt einmalig gezahltes Arbeitsentgelt insoweit der Beitragspflicht, als das bisher gezahlte beitragspflichtige Arbeitsentgelt die anteiligen Beitragsbemessungsgrenzen nicht erreicht. Für die Ermittlung der anteiligen Beitragsbemessungsgrenzen sind nach § 23a Abs. 3 Satz 2 SGB IV alle im Laufe eines Kalenderjahres beitragspflichtigen Zeiten des Beschäftigungsverhältnisses (SV-Tage) bei dem Arbeitgeber, der das einmalig gezahlte Arbeitsentgelt auszahlt, zu addieren. Dabei sind auch frühere Beschäftigungsverhältnisse bei demselben Arbeitgeber im laufenden Kalenderjahr zu berücksichtigen. Unberücksichtigt bleiben hingegen Zeiten der Beschäftigung im laufenden Kalenderjahr bei einem anderen Arbeitgeber als dem, der die Einmalzahlung gewährt. In der Praxis bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, ob im Insolvenzfall mit dem Übergang der Verfügungsgewalt des Betriebsinhabers oder Geschäftsführers auf den Insolvenzverwalter ein Arbeitgeberwechsel eintritt und sich dadurch gegebenenfalls der beitragspflichtige Anteil von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt verändert.

Durch den Beschluss des Amtsgerichts über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens geht das Recht des Arbeitgebers, das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen zu verwalten und über es zu verfügen, auf den Insolvenzverwalter über (§ 80 Abs. 1 InsO). Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wirkt sich auf den Bestand der Arbeitsverhältnisse nicht aus. Grundsätzlich gelten die Regelungen des allgemeinen Arbeitsrechts fort. Der Insolvenzverwalter nimmt die Funktion des (bisherigen) Arbeitgebers ein. Die Arbeitsverhältnisse bestehen nach § 108 Abs. 1 InsO mit Wirkung für die Insolvenzmasse fort. Der Insolvenzverwalter hat die Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen.

Der Eintritt des Insolvenzverwalters in die Funktion des (bisherigen) Arbeitgebers ist nicht als Betriebsübergang (§ 613a BGB) zu beurteilen. Ein Betriebsübergang im Sinne von § 613a BGB liegt vor, wenn ein neuer Rechtsträger die wirtschaftliche Einheit unter Wahrung ihrer Identität fortführt (vgl. Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 15.12.2011 - 8 AZR 692/10 -).

Die Regelung des § 613a BGB setzt insofern einen Wechsel des Betriebsinhabers voraus. Ein solcher liegt beim Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts auf den Insolvenzverwalter nicht vor.

Mit dem bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens einhergehenden Übergang der Verfügungsgewalt des Betriebsinhabers oder Geschäftsführers auf den Insolvenzverwalter tritt kein Arbeitgeberwechsel ein, der im Sinne der Regelung des § 23a Abs. 3 Satz 2 SGB IV für die Ermittlung der anteiligen Jahresbeitragsbemessungsgrenzen von Bedeutung wäre. Wird nach Eintritt des Insolvenzereignisses einmalig gezahltes Arbeitsentgelt gewährt, sind für die Ermittlung des beitragspflichtigen Anteils alle im Laufe eines Kalenderjahres beitragspflichtigen Zeiten des Beschäftigungsverhältnisses bei dem (insolventen) Arbeitgeber einschließlich der Zeiten nach Eintritt des Insolvenzereignisses zu berücksichtigen.